

Nachrichten

Für ein Recht auf Weiterbildung

Hubertus Heil, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, schreibt in der „Frankfurter Rundschau“:

„Wir brauchen ein Recht auf Weiterbildung und damit verbunden das Recht auf Freistellung sowie Entgeltfortzahlung in der Qualifizierungsphase.“

Die Arbeitswelt befindet sich im Umbruch. Als vor zehn Jahren die rot-grüne Bundesregierung die Strukturprobleme auf dem Arbeitsmarkt anpackte, gab es vier Millionen Arbeitslose und eine weitere Million Menschen, die in Beschäftigungsmaßnahmen ‚geparkt‘ waren. Heute hat sich die Zahl der Arbeitslosen fast halbiert. Die vermeintliche Schönewetterlage auf dem Arbeitsmarkt ist aber nur die Ruhe vor dem Sturm.

Im Zuge der demografischen Entwicklung und einer stärker auf Wissen basierenden Wirtschaft wird der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften steigen und das Arbeitskräfteangebot insgesamt zurückgehen. Während die Arbeitsmarktpolitik Jahrzehnte lang vom Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit geprägt war, droht uns nun ein gespaltenen Arbeitsmarkt – mit Fachkräftemangel auf der einen und Langzeitarbeitslosigkeit sowie prekärer Beschäftigung auf der anderen Seite.

Recht auf Weiterbildung

Die Antwort auf diese Herausforderung muss eine investive Arbeitsmarktpolitik sein, mit einer neu zu schaffenden Arbeitsversicherung. Die Arbeitsversicherung soll – ergänzend zu den Leistungen der bisherigen Arbeitslosenversicherung – die Risiken von beruflichen Übergän-

gen und Erwerbsunterbrechungen besser absichern und gleichzeitig Chancen für Neuanfänge und berufliches Fortkommen eröffnen. Denn immer seltener üben Menschen denselben Beruf ein Leben lang am selben Ort und für dasselbe Unternehmen aus. Die traditionelle Arbeitslosenversicherung, die nachsorgend statt präventiv ansetzt, kann viele dieser neuen Risiken nicht mehr ausreichend absichern.

Kern einer solchen Arbeitsversicherung soll ein Recht auf Weiterbildung und damit verbunden das Recht auf Freistellung sowie Entgeltfortzahlung in der Qualifizierungsphase sein. Das ergibt nur Sinn, wenn die Finanzierung solide ist: Zunächst wird ein Teil des Beitrags der Arbeitslosenversicherung angespart. Hinzu kommen muss eine Ko-Finanzierung, die je nach Einzelfall von Arbeitgebern, durch tarifliche Fonds, die Beschäftigten selbst oder auch aus Steuermitteln erbracht wird. Mit einer so organisierten, neuen Arbeitsversicherung kann Arbeitslosigkeit entgegen gewirkt werden, bevor sie entsteht.

Keine Frage: diese Vorsorge wird Geld kosten, aber diese Investitionen wären eine gute Anlage. Denn sie werden helfen, Arbeitslosigkeit zu verhindern, vielen Menschen den sozialen Aufstieg zu ermöglichen und so den drohenden Fachkräftemangel im Keim zu ersticken. Vor allem wird sie helfen, dass Menschen stabile Erwerbsbiografien und gute Einkommen haben. Das ist der beste Schutz vor Altersarmut. Die Debatte über die Sicherung des Rentenniveaus muss auch vorsorgende Elemente wie die Arbeitsversicherung mit einbeziehen.

Flexibilisierung der Arbeit

Neben der Arbeitsversicherung ist eine flexiblere Arbeitszeitpolitik notwendig. Nur wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre Arbeitszeiten und

ihr Arbeitszeitvolumen souveräner bestimmen können, gelingt die Balance von Arbeit und Leben. Das nützt den Unternehmen wie auch den Beschäftigten. So sind dann auch Phasen der Weiterqualifizierung möglich. Das gilt ganz besonders für diejenigen, die in der ‚Rushhour‘ ihres Lebens stecken. Menschen, die zwischen 25 und 50 Jahre alt sind und neben Karriere und Familiengründung immer häufiger auch die Pflege Angehöriger bewältigen.

Beschäftigte sollen es leichter haben, ihre Ansprüche auf Teilzeit oder – umgekehrt – die Aufstockung von Teilzeit auf Vollzeit durchzusetzen. Das Instrument von ‚Zeitguthaben‘ hat sich in vielen Unternehmen zur Flexibilisierung der Arbeit bewährt. Es hilft, Konjunkturerinbrüche ohne Entlassungen zu überbrücken und ermöglicht individuelle Phasen der Arbeitsreduzierung. Mit einem verbindlichen rechtlichen Rahmen könnten auch Beschäftigte in kleineren Betrieben oder beim Arbeitsplatzwechsel von Zeitguthaben profitieren.

Deutschlands Weiterbildungsinfrastruktur muss dafür einen gewaltigen Qualitätssprung nach vorne machen und ausgebaut werden. Die Bausteine dafür sind vorhanden: Deutschland hat gute Berufsschulen. Da die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler aus demografischen Gründen stetig zurückgeht, können sie verstärkt für Bildung in der zweiten Lebenshälfte genutzt werden.

Geld, Zeit und Infrastruktur

Die drei Säulen Geld, Zeit und Infrastruktur, die eine investive Arbeitsmarktpolitik ausmachen, lassen sich nicht von heute auf morgen errichten. Schritt für Schritt muss die Arbeitslosenversicherung deshalb weiterentwickelt werden. Dabei kann jetzt schon aus den Erfahrungen der Tarifpartner gelernt werden. Der Tarifvertrag zur lebensphasenge-

rechten Arbeitszeit in der Chemischen Industrie Ostdeutschlands etwa sieht Fonds vor, die es ermöglichen, die Arbeitszeit von Beschäftigten in belastenden Arbeitssituationen und bestimmten Lebensphasen zu verringern. Neue Brücken am Arbeitsmarkt baut man nicht über Nacht, aber es lohnt sich für alle.“

Quelle: Frankfurter Rundschau 8.10.2012

Skandalöse Beschäftigungsbedingungen in der Weiterbildung sind fehl am Platz! GEW zum Deutschen Weiterbildungstag am 21.09.2012

Am 21.09.2012 fanden bundesweit Veranstaltungen zum Deutschen Weiterbildungstag statt. Die GEW Hamburg nutzte dies, um auf die desolaten Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung hinzuweisen.

„Weiterbildung ist Mehrwert“, unter diesem Motto weist der Deutsche Weiterbildungstag 2012 auf die gestiegene Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens hin. „Forderungen, die allgemeine, politische und beruflich qualifizierende Weiterbildung auszubauen, finden gesellschaftlich breite Zustimmung. Doch immer unerträglicher wird die Kluft zwischen Politikerreden zum Lob der Weiterbildung und dem Zustand, dass Beschäftigte in der Weiterbildung als billige Tagelöhner arbeiten müssen, besonders im staatlich finanzierten Bereich der Weiterbildung.“

„Beispiel Volkshochschule: An der Hamburger VHS sind die Honorare seit 1995 eingefroren – weil die Schulbehörde eine Honorarerhöhung strikt ablehnt. Das bedeutet 17 Jahre ohne Inflationsausgleich, bei explodierenden Mieten und Lebenshaltungskosten!

Beispiel Integrationskurse: Deutschkurse für MigrantInnen werden von den Trägern im Auftrag des Bundesinnenmi-

nisteriums durchgeführt. Der Staat zahlt den Trägern aber so wenig Geld für die Kurse, dass die Träger gar keine angemessenen Honorare zahlen können, selbst wenn sie wollten. Festanstellungen kämen sie noch teurer. Der Staat fördert so prekäre Beschäftigung“, erläutert Claudia Dorothee Otten, Weiterbildungslehrerin und Mitglied der Kursleitervertretung in der VHS Hamburg.

„Die GEW unterstützt die Forderungen der Weiterbildungslehrkräfte nach vergleichbaren Arbeits- und Einkommensbedingungen mit denen der LehrerInnen im staatlichen Schulwesen“, betont Dirk Mescher. „Dafür müssen Bund, Länder und Kommunen die notwendigen Mittel bereit stellen. Skandalöse Beschäftigungsbedingungen in der Weiterbildung sind fehl am Platz!“

Quelle: GEW Hamburg Pressemitteilung 20.09.2012

Personalia

Nachruf für Ernst Prokop (1935 bis 2012)

Am 12. September 2012 verstarb Prof. Dr. Ernst Prokop nach schwerer Krankheit in München.

Ernst Prokop, Dipl.-Psych., Dr. phil., war emeritierter Professor für Pädagogik der Philosophischen Fakultät der Universität Regensburg und ehemaliger Vorsitzender des Arbeitskreises Universitäre Erwachsenenbildung (AUE) – als solcher mein Vorgänger im Vorstand der später zu „Deutsche Gesellschaft für Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium“ (DGWF) umbenannten Organisation.

Geboren wurde Ernst Prokop am 28. August 1935 in Bad Salzbrunn in Niederschlesien – heute Polen. Nach Kriegsende gelangte er nach Thüringen, wo er in Magdeburg sein Abitur ablegte. Die meiste Zeit seines Lebens hat er in Bayern verbracht: Dort studierte er an der Ludwigs-Maximilian Universität in München, an der 1963 er mit einer Arbeit über „Das Problem der Beeinflussung für die Erziehung des Menschen als Person“ (veröffentlicht unter dem Titel: Beeinflussbarkeit in Erziehung und Unterricht. München. Manz 1966) seine Promotion erhielt. Anschließend wurde er Hochschuldozent an der Pädagogischen Hochschule in Alfeld (Niedersachsen). In seinen Veröffentlichungen behandelte er zunächst hauptsächlich Themen der Jugendforschung und der Massenmedien. Ab 1969 widmete es sich dann auch der Erwachsenenbildung. Einflussreich wurden die Bände:

- Prokop, Ernst/Rückriem, Georg M. (Hg.): *Erwachsenenbildung – Grundlagen und Modelle*. Weinheim: Beltz 1969
- Prokop, Ernst: *Erziehungswissenschaft und Erwachsenenbildung*. Braunschweig: Georg Westermann Verlag 1973
- Prokop, Ernst/Geißler, Karlheinz A.: *Erwachsenenbildung: Modelle und Methoden*. München: E. Reinhardt 1974

Mit diesen Themen begründete er seine Berufung an die Pädagogische Hochschule Karlsruhe, die Bundeswehrhochschule in München, die Universität Eichstätt und zuletzt die Übernahme des Lehrstuhls Pädagogik I an der Universität Regensburg, den er dann bis zu seiner Emeritierung 2001 innehatte. Hier vertrat er vor allem die Bereiche Außerschulische Bildung und Wissenschaftliche Weiterbildung.

Im Jahr 1984 richtete er die Jahrestagung des AUE in Regensburg aus. Seit 1988 war er stellvertretender Vorsitzender und übernahm 1998 den Vorsitz. In dieser Zeit pflegte er besonders die Außenkontakte, die er sowohl im EG-Raum, in Polen, Tschechien und der Slowakei, als auch in Vorderasien und der Volksrepublik China aufbaute.

Prof. Dr. Ernst Prokop war über Jahrzehnte ein Impulsgeber für die Hochschul- und Bildungspolitik. Als Vorsitzender des Bildungsbeirats hat er z. B. die Bildungsarbeit des Kolping-Werkes in Bayern über lange Jahre maßgeblich geprägt. Im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit stand das Individuum in seiner Lebenswelt. Zentraler Fokus war der Zugang der Erwachsenen zur Bildung. Ernst Prokop hat in seiner wissenschaftlichen Arbeit die grundlegenden Fragen des Lernens und der Weiterbildung im Erwachsenenalter deutlich gemacht.

Peter Faulstich

Nachruf für Prof. Dr. Jörg Knoll (1943 – 2012)

Am 10. September 1943 geboren, durchlief Jörg Knoll zunächst eine Berufsausbildung zum „Redakteur an Tageszeitungen“ bei der „Augsburger Allgemeine“ (1964–1965). Anschließend absolvierte er ein Erststudium der Theologie und Soziologie (1965–1970) an der Universität Erlangen-Nürnberg und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Christliche Sozialethik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (1970–1974).

Nach einem Zweitstudium der Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung an der Gesamthochschule Bamberg (1974–1976) wurde Knoll wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik der Gesamthochschule Bamberg (1974–1977).

Er wechselte in die kirchliche Erwachsenenbildung zunächst als Leiter des Fachbereichs Erwachsenen- und Familienbildung des „Bayerischen Mütterdienst der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern“ in Stein bei Nürnberg (1977–1979) und dann als Pädagogischer Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Evangelischen Erwachsenenbildung in Bayern/Tutzing (1979–1990 und 1992–1993).

Dr. Jörg Knoll wurde 1993 auf den Lehrstuhl für „Erwachsenenbildung“ an der Universität Leipzig berufen, den er bis zu seiner Emeritierung 2008 innehatte. Seine Arbeitsschwerpunkte setzte er in der Didaktik und Methodik der Erwachsenenbildung, dem selbstorganisierten Lernen, der Bürgerbeteiligung und dem Qualitätsmanagement. Der Lehrstuhl für Erwachsenenpädagogik ist die bislang einzige geisteswissenschaftliche Professur Deutschlands, die nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifiziert ist (seit 1998). Prof. Dr. Jörg Knoll hat maßgeblich das Qualitätssystem „QVB: Qualitätsentwicklung im Verbund von Bildungseinrichtungen“, das im Rahmen eines gemeinsamen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts von ARBEIT UND LEBEN sowie der Evangelischen Erwachsenenbildung (DEAE) erarbeitet wurde, mit entwickelt. Wir haben dieses Konzept intensiv gemeinsam diskutiert. Prof. Dr. Knoll hatte wesentlichen Anteil an der Entwicklung der Weiterbildung in Sachsen.

Er hat in der Lehre, der Forschung und der Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung als Prinzip und als Institution Anstöße gegeben, die über Deutschland hinausreichen. Seine Tätigkeit als Hochschullehrer erfuhr Bestätigung durch die Verleihung des Theodor-Litt-Preises 2001. Seine Arbeit als Forscher ist durch zahlreiche Publikationen und Projekte dokumentiert. Ich habe mit Jörg

Knoll u. a. im Rahmen des Projektes SELBER (Peter Faulstich/Hermann J. Forneck/Petra Grell/Katrin Häßner/Jörg Knoll/Angela Springer (Hg.): *Lernwiderstand – Lernumgebung – Lernberatung. Empirische Fundierungen zum selbstgesteuerten Lernen*. Bielefeld 2005) zusammengearbeitet und ihn als einen freundlichen Menschen kennengelernt.

Prof. Dr. Jörg Knoll verstarb am 15. September 2012 im Alter von gerade 69 Jahren nach langer Krankheit.

Peter Faulstich

Frolinde Balser (*6. September 1924 in Ingelheim am Rhein; † 4. November 2012 in Frankfurt am Main)

Die Erwachsenenbildnerin, Kommunalpolitikerin und Städtälteste von Frankfurt/M. Frolinde Balser ist im Alter von 88 Jahren gestorben.

Frolinde Balser stammte aus akademischem Milieu in Heidelberg. Sie hat den Nationalsozialismus noch selbst erlebt. Nach dem Abitur 1942 war sie im Reichsarbeitsdienst und Kriegshilfsdienst eingesetzt. Nach dem Krieg beendete sie 1949 ihr Studium als Diplom-Bibliothekarin. Ihre politischen Wurzeln gehen in die SPD der 1950er, 1960er Jahre zurück.

Bis 1961 war sie an der Universität Heidelberg tätig. Hier wurde sie mit der Arbeit „Die Anfänge der Erwachsenenbildung in Deutschland vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1848/49“ (Stuttgart. Klett 1959) promoviert. Diese Arbeit ist ausgezeichnet durch ihren Reichtum an Quellen; sie gehört nach wie vor zur grundlegenden Lektüre, wenn man sich mit der Geschichte der Erwachsenenbildung beschäftigt.

Nach der Promotion arbeitete Frolinde Balser bis 1969 beim Hessischen Landesverband für Erwachsenenbildung in Frankfurt am Main. Von 1969 bis

1986 war sie an der Universität Frankfurt mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung am „Didaktischen Zentrum“ in der „Arbeitsstelle für Fernstudium und Weiterbildung“ tätig. Dort habe ich sie, als ich daran ging, die „Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung“ an der Gesamthochschule Kassel aufzubauen, selbstverständlich besucht. Ich erlebte eine kenntnisreiche, interessierte und freundliche, gleichzeitig kritische, skeptische und ironische Frau.

Von 1964 bis 1985 war sie Stadtverordnete in Frankfurt. 1968 bis 1972 war sie dort Vorsitzende des Kultur- und Freizeitausschusses. 1976 bis zu den von der SPD verlorenen Kommunalwahlen in Hessen 1977 war sie die erste Frau als Stadtverordnetenvorsteherin im Frankfurter Römer.

Am 14. August 1979 wurde sie als Nachrückerin für den verstorbenen Abgeordneten Hermann Schmitt-Vockenhäuser noch kurz bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 1989 war sie „Städtälteste“. Immer wieder wurde sie für ihre Durchhaltekraft und Beharrlichkeit gelobt. Zur Ehrung von Judith Butler 2012 kam Frolinde Balser noch einmal in die Frankfurter Paulskirche.

Frolinde Balser wurde 88 Jahre alt. Zu ihrem 80. Geburtstag schrieb die FAZ: „Klug, im Urteil abgewogen, fähig und bereit, Argumente aufzunehmen, auch wenn sie ihrer Auffassung entgegenstehen, sachkundig und immer mit einer gewinnenden Art durchaus heiterer Gelassenheit bestrebt, Entscheidungen in ihrem Sinn zu beeinflussen.“

Peter Faulstich

Martha Muchow 1892 bis 1932 – Zerbrochene Lebenslinie

Der Geburtstag der Lehrerin, Psychologin und Pädagogin Martha Muchow jähr-

te sich am 25.9.2012 zum 120sten Mal. Die Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft nutzt diesen Anlass, um in der nach der Wissenschaftlerin benannten Fakultätsbibliothek eine Ausstellung über ihr Leben, Werk und Wirken zu präsentieren und mit Vorträgen zu begleiten. (Zum Folgenden ausführlich: Faulstich-Wieland, H./Faulstich, P.: Lebenswege und Lernräume – Martha Muchows Leben, Werk und Weiterwirken. Weinheim 2013)

Martha Muchow steht als Person für die nicht eingelösten Entwicklungsmöglichkeiten der Psychologie und der Pädagogik in der Weimarer Republik. Zugleich kann ihr Leben als Beispiel für die zerstörerische Wirkung des Nationalsozialismus auf die Wissenschaft in Deutschland verstanden werden. Aber auch nach 1945 blieb sie zunächst weitgehend vergessen. Erst ein 1978 von Jürgen Zinnecker und Bruno Schonig herausgegebener Neudruck ihrer un abgeschlossenen Arbeit „Der Lebensraum des Großstadtkindes“ verschaffte ihr Bekanntheit und wissenschaftliche Resonanz. Damit wurde die engagierte Wissenschaftlerin zumindest in den Horizont verschiedener wissenschaftlicher Fachöffentlichkeiten von der Erziehungs- und Bildungswissenschaft im Spektrum frühkindlicher Erziehung über die Sozialpädagogik bis zur Erwachsenenbildung, über die Psychologie von der Entwicklungspsychologie bis zur Umweltpsychologie, weiter die Stadt- und Raumsoziologie bis zur Wahrnehmungsgeographie zurückgeholt.

Martha Muchow wurde am 25.9.1892 in Hamburg geboren. Von 1899 bis 1912 besuchte sie zunächst die Volksschule, danach eine private höhere Mädchenschule, das Oberlyzeum, wo sie 1912 die Reifeprüfung ablegte. Nach einem Jahr Vorbereitungszeit bestand sie am 15. Februar 1913 die Lehramtsprüfung und

erwarb zweieinhalb Jahre lang erste Berufserfahrungen im Unterricht in Mathematik und Physik, außerdem in Erdkunde, Religion, Rechnen, Englisch, Französisch, Schreiben und Zeichnen. Von Herbst 1915 an arbeitete sie an Hamburger Volksschulen. Parallel besuchte sie ab 1916 Veranstaltungen des „Psychologischen Laboratoriums“ bei William Stern, der ab 1916 den Lehrstuhl für Philosophie am „Allgemeinen Vorlesungswesen“ in Hamburg übernommen hatte.

Martha Muchow beteiligte sich als Lehrerin an Aufgaben des Laboratoriums, wie zum Beispiel an der Ausarbeitung eines Beobachtungsbogens für die Auslese „begabter Volksschüler“. Ihr Interesse an wissenschaftlicher Arbeit zeigte sich auch darin, dass sie bereits 1918 erste Artikel veröffentlichte, so z. B. ihre Beiträge in der Preußischen Volksschullehrerinnen-Zeitung „Über die Aufgaben einer wissenschaftlichen Jugendkunde“. Konsequenterweise wurde sie mit der Neugründung der Hamburger Universität 1919 eine der ersten Studentinnen der Psychologie, Philosophie, der deutschen Philologie und Literaturgeschichte. Martha Muchow hatte den Vorteil in einen wissenschaftlichen Arbeitszusammenhang einbezogen zu werden, dem selbst jede Einseitigkeit fremd war, und der gekennzeichnet war durch sich fortsetzende Suche nach Erfahrungsbegründung durch vielfältige Formen der Empirie geordnet durch historische und kulturelle Typologie. Sterns „Personalismus“ war offen für Weiterentwicklung und lieferte gleichzeitig Ansätze für durchgängige Fragen, welche mit dem – erst Ende der 1920er bis Beginn der 1930er Jahre so benannten – Konzept einer kulturtypologischen Entwicklung von Muchow fortgesetzt wurde.

Im Herbst 1920 erreichte William Stern ihre Beurlaubung aus dem Schul-

dienst, um sie als „wissenschaftliche Hilfsarbeiterin“ am „Psychologischen Laboratorium“ beschäftigen zu können. Dort übernahm sie vor allem Aufgaben einer „Unterrichtsassistentin“ besonders bei den pädagogisch-psychologischen Übungen und Kursen Sterns.

1923 schloss sie ihr Studium mit einer „summa cum laude“ bewerteten Promotion ab, „nachdem sie durch ihre sehr lobenswerte Schrift ‚Studien zur Psychologie des Erziehers. I. Methodologische Grundlegung einer Untersuchung zur erzieherischen Begabung‘ und eine am 12. Mai 1923 bestandene Prüfung den Nachweis ausgezeichneten wissenschaftlicher Befähigung und Bildung erbracht hat“ (Doktorbrief). Im Dezember 1926 wurde die Ausbildung der künftigen Volksschullehrer der Hamburger Universität übertragen. In diesem Rahmen übernahm Martha Muchow die Einführung eines sozial-pädagogischen Praktikums für die Lehramtsstudierenden. In diesem Rahmen fanden u. a. teilnehmende Beobachtungen und Erhebungen zum „Lebensraum des Großstadtkindes“ statt.

Neben ihren engeren dienstlichen Aufgaben engagierte sich Martha Muchow gemeinsam mit ihrem Bruder Hans Heinrich in der Jugendbewegung, vor allem in der Volksheimbewegung. In der „Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ – 1805 in Hamburg gegründet, später, nämlich am 27. April 1933, dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) beigetreten und dann 1948 in der neu gegründeten Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) als Landesverband aufgegangen, deren Ziel die Verbesserung der materiellen Versorgung der Lehrer (Einkommen, Pension, Witwenversorgung) und die Fortbildung der Mitglieder war – arbeitete Martha Muchow in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften und Ausschüssen mit, z. B. über

Probleme der Zeugnisreform oder über die Hortbedürftigkeit von Volksschulkindern.

Dieser Kontext führte sie zu einem Engagement in der Kindergartenbewegung. Sie wurde ständige Mitarbeiterin im „Kindergarten“, der „Zeitschrift des Deutschen Fröbel-Verbandes, des Deutschen Verbandes für Schulkinderpflege und der Berufsorganisation der Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen e. V.“. Martha Muchow engagierte sich in der deutschen Sektion des „Weltbundes für Erneuerung in der Erziehung“ (WEE). Die internationale „New Education Fellowship“ ist die älteste Organisation, die seit 1921 bis heute die Reformpädagogik begleitet, und war während der 1920er Jahre ihr wichtigstes Forum, das den Erfahrungsaustausch der Initiativen in breitem Umfang ermöglichte.

Ab dem Winter 1930 lässt sich eine zunehmende internationale Anerkennung von Muchows Arbeit finden: So erhielt sie eine Einladung zu einer viermonatigen Reise in die USA, um dort sowohl amerikanische Methoden psychologischer Forschung zu studieren, wie auch selbst in zwölf verschiedenen Städten Vorträge über die Arbeit in Deutschland zu halten. Sie präsentierte ihre eigenen Arbeiten in einer Serie von 17 Colloquien. Sie überlegte sogar aufgrund einiger Beschäftigungsangebote in den USA zu bleiben. Sie ist beeindruckt von dem Leben in USA – aber sehr ambivalent: „Ja, diese Welt ist merkwürdig! Und sie haben zu viel Geld. Es will mir – je mehr je länger – erscheinen, als wenn Armut doch ein Segen ist. Jedenfalls ist es besser als zu viel Geld zu haben in der Wissenschaft (ohne Geld würden sie nämlich diesen Zauber nicht machen. Ohne Geld können sie nichts. Siehe die 200 000 000 \$ für Cultural Education!) – Die vernünftigsten Leute sind hier auch die, die keine oder sehr wenig Mittel ha-

ben. Es gibt immerhin solche und nicht wenige. Und überhaupt ist dieses Land wirklich unvergleichlich“. Scharf kritisiert sie den Selbstlauf des Wissenschaftsbetriebs: „Man nennt dies Experimentieren hier ‚to do some research work‘. Und jeder hier macht sowas“. Eine Diskussion über die ethischen Grenzen des Experimentierens fände nicht statt: „Soziale responsibility gibt es nicht viel bei den meisten“.

Am 18.3.1930 wurde Martha Muchow zum „Wissenschaftlichen Rat“ ernannt. 1931 war sie maßgeblich an den Vorbereitungen und Durchführungen des XII. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Hamburg beteiligt und erhielt dafür viel Anerkennung und Vertrauen.

Die Nationalsozialisten agierten sofort nach der „Machtergreifung“ sehr schnell gegen das Psychologische Institut, vor allem gegen William Stern, der als Jude auf Grund des Berufsverbotsgesetzes „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933 fristlos aller Ämter enthoben wurde. Martha Muchow hatte faktisch die Leitung des Instituts, wurde jedoch ebenfalls heftigen Diffamierungen ausgesetzt, zum einen weil das Psychologische Institut als „jüdisches Institut“ diskriminiert wurde, zum anderen, weil sie selbst als Nicht-Jüdin wegen ihres Engagements in der Jugendbewegung als Marxistin abgestempelt wurde. In einem Brief an die Hochschulbehörde vom 10.7.33 über die noch verbliebenen Mitglieder des Instituts heißt es zu Martha Muchow:

„Fräulein Dr. Muchow, die engste Vertraute von Prof. Stern, die ihn auch heute täglich besucht und mit ihm alle Pläne ausarbeitet, ist die Gefährlichste von allen dreien. Sie war aktivstes Mitglied des marxistischen ‚Weltbundes für Erneuerung der Erziehung‘, hat auf internationalen Tagungen, z. B. Genf, in

seinem Sinne gewirkt, und war von Oberschulrat Götze in dessen letztem Amtsjahr beauftragt, das hamburgische Schulwesen ‚psychologisch‘ im marxistischen Sinne zu durchdringen. Ihr pädagogisch-psychologischer Einfluss ist unheilvoll und einer deutschen Staatsauffassung direkt zuwider laufend“ (Staatsarchiv HH 361-6 Hochschulwesen Dozenten- und Personalakten I 68, Blatt 29). Die Denunziation wird zugespitzt: „Die ganze Psychologie an der Hamburger Universität liegt also, was Vorlesungen und Übungen anbetrifft, heute in der Hand eines wissenschaftlich gänzlich bedeutungslosen Judengenossen (Dr. Wunderlich), dessen Cousine, einer jungen Anfängerin (Frl. Dr. Knobloch) und einer marxistisch eingestellten Demokratin (Frl. Dr. Muchow), deren ganzes Lebenswerk auf Bekämpfung der jetzt siegreichen Ideen eingestellt war: ein bei der Bedeutung der Psychologie für die nationalsozialistische Erziehung des deutschen Volkes völlig unhaltbarer Zustand“.

Privat machte Martha Muchow der Tod ihrer Mutter am 9. April 1933 schwer zu schaffen – diese erlag einem Schlaganfall wenige Tage, nachdem sie traurig geäußert hatte, „dass man in dieser ungerechten Welt gar nicht mehr leben möchte“.

Am 25.9.1933, also an Martha Muchows 41. Geburtstag, wurde das Institut verwaltungsmäßig an den nationalsozialistischen Erziehungswissenschaftler Gustaf Deuchler, der neben Wilhelm Flitner der zweite Ordinarius für Pädagogik war, übergeben. Zwei Tage nach dieser Entlassung unternahm Martha Muchow am 27.9.33 einen Selbstmordversuch, dem sie am 29.9.33 erlag. Deuchler, der seit 19. September als kommissarischer Direktor des Psychologischen Instituts eingesetzt worden war, wiederholte schon am 30.9. den Antrag, einen seiner Mitar-

beiter zum Wissenschaftlichen Rat zu ernennen, mit ausdrücklichem Hinweis auf „das Ableben von Frau Dr. Muchow“ (StA HH, HW II, Bl. 33).

Der Bruder Hans Heinrich Muchow veröffentlichte 1935 ihr wichtigstes Buch „Der Lebensraum des Großstadtkindes“. Dies hat mittlerweile starke Resonanz von der Kindheitsforschung, über die Sozialraumanalysen der Sozialpädagogik bis zu der Lernortdiskussion in der Erwachsenenbildung.

Die Universität Hamburg hat als Institution die Niederlage des Denkens, die sich im Selbstmord Martha Muchows zeigt, mit zu verantworten. Für die Erziehungswissenschaft gilt dies besonders im Blick auf die Tatsache, dass Gustaf Deuchler als damaliger Ordinarius der Erziehungswissenschaft entscheidend an der Vertreibung von Martha Muchow beteiligt war und so ihren Freitod mit verursachte. Und es gab lange Zeit eine Verdrängung durch Vergessen. Deuchlers Ansprüche auf Pension wurden 1960 anerkannt.

Erst 2006 wurde die Erinnerung an Martha Muchow durch den symbolischen Akt der Namensgebung der Bibliothek der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft der Universität Hamburg als „Martha Muchow Bibliothek“ institutionell verstärkt und wieder aufgenommen. Die Ausstellung 2012 setzt dies fort.

Peter Faulstich/Hannelore Faulstich-Wieland

Josef Schrader neuer Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung

Dr. Josef Schrader, Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung/Weiterbildung, ist neuer Wissenschaftlicher Direktor des

Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. (DIE). Schrader, der seit 2003 als Professor am Institut für Erziehungswissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen lehrt, war zuvor bereits drei Jahre lang als Abteilungsleiter am Institut tätig.

Josef Schrader ist ausgewiesener Experte der empirischen Lehr-/Lernforschung und hat zudem zum institutionellen Wandel von Weiterbildung gearbeitet, zuletzt auch in international-vergleichender Perspektive. Weitere Forschungsschwerpunkte richten sich auf die Professionalisierung der Erwachsenenbildung/Weiterbildung und den Einsatz von Videofällen in der Aus- und Fortbildung des Lehrpersonals.

„Mit Professor Schrader hat das DIE einen renommierten Wissenschaftler gewonnen, der die besonderen Herausforderungen des Instituts an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis kennt“, freut sich Professor Dr. Rudolf Tippelt, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des DIE, über die Ernennung.

Zu den Aufgaben, denen sich Schrader in den nächsten Monaten besonders intensiv widmen wird, gehört die konsequente Weiterentwicklung einer interdisziplinär angelegten Forschungsstrategie, die sich sowohl an Fragen der gesellschaftlichen Relevanz von Themen orientiert als auch grundlagenwissenschaftlich fundiert ist. Damit knüpft er an die Empfehlungen der Leibniz-Gemeinschaft an, die dem DIE nach der Evaluierung im Jahr 2011 sehr gute bis exzellente Leistungen bescheinigt hat, gleichzeitig aber eine größere Forschungsbasierung der erbrachten Dienstleistungen erwartet.

Quelle: Pressemitteilung DIE 10/2012